

07.09.2018

Besonnener Polizeieinsatz im Hambacher Forst

Guido van den Berg beobachtet die Räumung von Rettungswegen und eine aufwendige Müllentfernung im Hambacher Forst

Der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg war wieder persönlich beim Polizeieinsatz im Hambacher Forst dabei, bei dem Rettungswege gesichert und Bodenbarrikaden entfernt wurden:

„Ich habe einen besonnenen Polizeieinsatz erlebt. Die Beamtinnen und Beamten haben sich nicht von beleidigenden oder verhöhnenden Parolen der Besetzerszene provozieren lassen. Ich habe großen Respekt vor der Leistung der Polizei, zumal einzelne Beamte, die erst vor wenigen Tagen durch Zwillenbeschüsse verletzt wurden, hier wieder ihren Dienst taten. Erschrocken hat mich wie stark die Vermüllung des Waldes mit Baumaterialien war. Der Unrat musste Containerweise aus dem Wald gebracht werden.“

Der SPD-Landtagsabgeordnete hat sich ferner bei der Landesregierung mit einer Kleinen Anfrage nach dem Stand des Verfahrens zur Räumung des sogenannten Wiesencamps erkundigt. Hier soll es bereits am 02.08.2018 ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegeben haben. Guido van den Berg will nun wissen, welche Konsequenzen der Landesregierung hieraus zieht.

Befürchtungen bestätigen sich – Busbetriebe aus der Region werden ausgebremst

Regionale Unternehmen erhalten keine Fahrten ab 2019

Die Übernahme des Busverkehrs durch die REVG zum 1.1.2019 zeigt wohl die lange befürchteten Auswirkungen. Die REVG wird 51% der Fahrten selbst abwickeln und hat den Rest an ein Tochterunternehmen der DB abgegeben. Diese hat ihren Anteil wiederum für Subunternehmen ausgeschrieben. Es verdichten sich nun die Anzeichen, dass den Zuschlag für einen Großteil der Fahrleistungen ein Großunternehmen aus der Eifel erhält.

Zu dieser sich abzeichnenden Hiobsbotschaft für die in der Region ansässigen mittelständischen Busunternehmen, die bisher als Subunternehmer zum Zuge kamen, erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm:

„Sollten sich die Gerüchte bestätigen, dass das Unternehmen Tücks einen Großteil der nicht von der REVG selbst zu erbringenden Fahrten übernimmt, wäre dies ein brutaler Schlag gegen die lokalen mittelständischen Unternehmen vor Ort. Wir haben von Anfang an befürchtet, dass lokale Arbeitsplätze und Unternehmen am Ende die Opfer des von Verwaltung und Jamaika-Koalition favorisierten Modells der Neuorganisation des Busverkehrs sein würden. Nun fürchten wir um Arbeitsplätze und Unternehmen.“

Die Politik von CDU, Grünen und FDP schädigt den lokalen Mittelstand und begünstigt die Entstehung von Großanbietern, die mit fragwürdigen Methoden den Markt unter sich aufteilen. Am Ende profitieren hier nur Finanzinvestoren, Beschäftigte und lokale Wirtschaft bleiben auf der Strecke. Der Kunde wird spätestens dann den Preis bezahlen, wenn der bisher funktionierende Markt mit vielen Anbietern zerstört ist. Die aktuelle Entwicklung zielt genau darauf ab.“

Ausgebootet durch die Vergabe sind etwa ein Dutzend Mittelständler aus der Region, die teilweise seit Jahrzehnten aktiv sind.

„Hier wird eine funktionierende Marktstruktur systematisch zerschlagen. Durch das Zusammenspiel eines ehemaligen Staatsunternehmens mit Finanzinvestoren wird nachhaltig der Mittelstand in der Region zerstört“, erklärt Timm. Die REVG habe dermaßen hohe Anforderungen an ihr Subunternehmen zur Erbringung der 49% Fahrleistungen gestellt, dass am Ende wenig überraschend nur ein Anbieter diese erfüllen konnte. Dieses Unternehmen muss aber gar nicht selber fahren, sondern bedient sich nun seinerseits eines großen Subunternehmens .

„Die Kreistagsmehrheit aus CDU, Grünen und FDP hat mit ihrer Politik den mittelständischen Verkehrsunternehmen nahezu die Existenzgrundlage entzogen. Dies wird unübersehbare Folgen haben“, befürchtet Timm.

Ehemaliger Berater des Kreises profitiert von Vergabe

Besonders brisant ist aus Sicht der Sozialdemokraten, dass im Falle der Vergabe an die Firma Tücks genau der Berater profitieren würde, der maßgeblich mit seinem Gutachten den von Verwaltung und Jamaika-Koalition eingeschlagenen Weg bei der Neuorganisation des Busverkehrs vorgegeben hatte. Bereits im Juni 2017 hatte die SPD-Fraktion auf diese Verquickung aufmerksam gemacht und genau das Szenario beschrieben, welches nun tatsächlich einzutreten droht.

„Diese Entwicklung ist eindeutig zum Nachteil des Rhein-Erft-Kreises und seiner Bevölkerung. Wir werden sehr kritisch darauf achten, wie es um die Arbeitnehmer und die Qualität der Dienstleistungen bestellt sein wird“, betont Timm. Besonders besorgt ist der Sozialdemokrat darüber, dass der betreffenden Firma 2017 wegen grober Qualitätsmangel der Auftrag zur Abwicklung der Schulfahrten in Bornheim entzogen worden war. Ähnliche Probleme werden auch aus dem Bergischen und dem Hunsrück berichtet. Auch, dass nur mit Hilfe der Gewerkschaft Verdi gegen große Widerstände erst 2017 ein Betriebsrat gewählt werden konnte, sei bedenklich.

Junge Arbeitslose – Kreis muss Rückzug von Landesmitteln auffangen

Nachdem die Landesregierung ein Programm für arbeitslose junge Menschen eingestellt hat, müssen Kreis und Jobcenter einspringen

Im Sozialausschuss am kommenden Mittwoch erwartet die SPD-Kreistagsfraktion die Auskünfte der Verwaltung, mit welchen Maßnahmen zukünftig arbeitslose junge Menschen bis 25 Jahre unterstützt werden. Die CDU-geführte Landesregierung hatte das Produktionsschulen-Programm, welches sich besonders an junge Menschen zwischen 19 und 25 richtete, ersatzlos eingestellt. Daraufhin hatte sich die SPD für den Erhalt der Maßnahmen stark gemacht hatte.

„Dass die Produktionsschulen wegfallen ist weiterhin bedauerlich, aber wir begrüßen, dass es wohl gelungen ist, neue Programme aufzulegen. Es ist für uns ganz wichtig, dass auch junge Menschen die älter als 19 Jahre sind und Probleme haben auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, nun nicht alleine gelassen werden. Die CDU-geführte Landesregierung hat hier mit kaltem Herz Angebote ersatzlos gestrichen und wälzt die Verantwortung für diese Menschen nun auf die Kreise und die überlasteten Jobcenter ab“, erklärt dazu der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Dierk Timm.

Zukünftig soll es zusätzliche Maßnahmen geben, die zu 100% vom Jobcenter Rhein-Erft finanziert werden. Diese sogenannten „Arbeitsgelegenheiten mit produktionsorientiertem Ansatz“ werden zukünftig in Brühl und Bergheim mit jeweils 24 Plätzen angeboten. Zusätzlich ist ein Angebot der Aktivierungshilfe in Kerpen mit 20 Plätzen geplant.

„Hier geht es um Angebote für junge Menschen mit problematischem sozialen Hintergrund. Diese brauchen eine besondere Förderung, damit sie befähigt werden ein Leben ohne Unterstützungsleistungen zu führen. Wichtig ist auch, dass die Möglichkeit erhalten wurde, neben der Maßnahme noch einen gegebenenfalls bisher fehlenden Hauptschulabschluss nachzuholen“, betont die Expertin für Sozialpolitik Iris Heinisch.

Ortsumgehung Meschenich – Spatenstich für ersten Bauabschnitt im Herbst 2019

Zunächst ausschließlich Vorteile für Kölner Bevölkerung – Bürgerinnen und Bürger in Hürth haben Anspruch auf schnelle Realisierung der direkten Autobahn-Anbindung!

Der lange erwartete Neubau der B51n bei Köln-Meschenich hat inzwischen Baurecht und auch die Bundesmittel zu Finanzierung der Ortsumgehung stehen bereit. Aktuell wird der nötige Grunderwerb im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens durchgeführt. Letzten Informationen von Straßen NRW zu Folge ist mit dem Spatenstich im Herbst 2019 zu rechnen. Das Projekt wird ca. 22,4 Millionen Euro kosten, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm:

„Die neue Ortsumgehung ist in erster Linie ein großer Gewinn für die sehr belasteten Anwohner in Meschenich. Wir werden aber darauf drängen, dass auch der Anschluss der B51n an die Anschlussstelle Eifeltor zügig weiter vorangetrieben wird. Dann ist nämlich auch mit spürbaren Entlastungseffekten für Hürth, insbesondere für die Menschen in Kalscheuren und Fischenich, sowie in Brühl-Vochem zu rechnen.“

Dieser zweite Abschnitt der B51n wird im Bereich Köln-Höningen bis zur Anschlussstelle Köln-Eifeltor geführt werden. Die Maßnahme befindet sich noch in der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens. „Der zweite Abschnitt muss rasch kommen. Ohne eine gute, direkte Anbindung der B51n an die Autobahn besteht die Gefahr, dass der Verkehr über die L92 und die neue B265n abfließt und damit zur Belastung für Hürth-Efferen wird – in einem Abschnitt, der durch den Bau der B265n eh schon Nachteile erfährt“, fordert der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Hürth, Stephan Renner.

SPD Leipzig bittet um Unterstützung bei Online-Umfrage

Viele Mitglieder in der SPD diskutieren #spderneuern auf ganz verschiedene Weise. Auch der Stadtverband Leipzig beteiligt sich daran und hat sich einen Aspekt herausgesucht, der bisher noch wenig beachtet wurde: Die SPD und ihre Sprache. Unter der zentralen Frage "Erreichen wir eigentlich noch die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Inhalten und Botschaften?" wurde ein Online-Fragebogen erarbeitet, der unter dem folgenden Link zu finden ist. https://de.surveymonkey.com/r/Die_SPD_und_ihre_Sprache

Was soll damit erreicht werden? Es geht um eine Sensibilisierung und darum, einen Denkprozess anzustoßen, ob die Sprache der SPD und damit das wichtigste Mittel der Kommunikation vielleicht verbessert werden kann oder sogar muss. Wir hoffen, dass die Umfrage und deren Auswertung ein erster Schritt ist, um darüber ins Gespräch zu kommen. Es geht explizit nicht um einen wissenschaftlichen Anspruch oder etwa darum, jemanden vorzuschreiben, was er / sie zu sagen oder nicht zu sagen hat.

Die SPD Leipzig bittet alle SPD-Mitglieder um ihre Unterstützung. Je mehr sich an der Umfrage beteiligen, desto aussagekräftiger wird sie. Die Umfrage ist bis zum 16.9. online. Die Ergebnisse werden in einer Veranstaltung am 27. September in Leipzig vorgestellt, außerdem wurden sie als Leipziger Beitrag zum Debattencamp eingereicht. Bei Interesse können die Ergebnisse auch in anderen Unterbezirken präsentiert werden.

.....

IMPRESSUM:

Rhein-Erft **SPD** – Kreisgeschäftsführer Johannes Stracke (V.i.s.d.P.) – Fritz-Erler-Str. 2, 50374 Erftstadt
Tel.: 02235/927 140 – Fax: 02235/927 1419 – Mail: info@rhein-erft-spd.de – Web: www.rhein-erft-spd.de